

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

WARUM IST KUBA FÜR DIE LINKE ZU EINEM SCHWIERIGEN PROBLEM GEWORDEN?

Diese Frage: «Warum ist Kuba für die Linke zu einem schwierigen Problem geworden?» kann verwundern und viele werden denken, dass die Frage andersherum formuliert: «Warum ist die Linke zu einem schwierigen Problem für Kuba geworden?» mehr Sinn machen würde. In der Tat ist es so, dass die kubanische Revolution aus dem Denken und der Praxis der Linken des 20. Jahrhunderts nicht wegzudenken ist. Und das ist umso mehr der Fall, als der Ansatz weniger Einfluss auf die kubanische Gesellschaft als solche hat, sich dafür aber ganz besonders auf Kubas Beitrag zu den Beziehungen der Völker auswirkt, wie sich in den zahlreichen internationalistischen Solidaritätsbekundungen der kubanischen Revolution in den letzten fünfzig Jahren gezeigt hat. Europa und Nordamerika können am Rand der kubanischen Revolution sein, was sie sind. Das trifft jedoch nicht auf Lateinamerika, Afrika und Asien zu, also die Regionen des Planeten, in denen ungefähr 85% der Weltbevölkerung lebt. Die von Kuba praktizierte internationalistische Solidarität hat sich über fünf Jahrzehnte auf den unterschiedlichsten Gebieten gezeigt: im Politischen, Militärischen, Sozialen und Humanitären.

WAS IST «LINKS» UND WAS EIN «SCHWIERIGES PROBLEM»?

Trotz allem meine ich, dass die Frage, die ich in diesem Text zu beantworten versuche, Sinn macht. Bevor ich aber versuche, sie zu beantworten, müssen ein paar Dinge klar gestellt werden. Erstens kann die Frage den Eindruck erwecken, dass nur Kuba sich in den letzten fünfzig Jahre entwickelt hat und problematisch geworden ist, und dass im Gegensatz dazu die Linke, die Kuba heute Vorhaltungen macht, noch dieselbe ist wie vor fünfzig Jahren. Nichts wäre falscher. Sowohl Kuba als auch die Linke haben sich in diesem halben Jahrhundert sehr entwickelt, und das «schwierige Problem» ist dadurch entstanden, dass sie in ihrer jeweiligen Entwicklung nicht zueinander gefunden haben. Wenn es zutrifft, dass Kuba

sich aktiv darum bemüht hat, die internationale Szene im Sinne gerechterer Beziehungen zwischen den Völkern zu verändern, stimmt es auch, dass die feindlichen externen Bedingungen, unter den sich die kubanische Revolution zu entwickeln gezwungen sah, es verhindert haben, dass sich das Erneuerungspotenzial der Linken, das die Revolution 1959 vorweisen konnte, voll und ganz entfalten konnte. Dies hat bewirkt, dass sich die Weltlinke in den letzten fünfzig Jahren nicht auf der Grundlage des Erbes der kubanischen Revolution, sondern unter Bezugnahme auf andere Beispiele erneuert hat. Der internationalen Solidarität Kubas ist es im Gegensatz zur internen kubanischen Lösung gelungen, sich eine viel größere Vitalität zu erhalten.

Zweitens muss ich klarstellen, was ich unter «Linke» und unter «schwierigem Problem» verstehe. Linke heißt die Gesamtheit der Transformationstheorien und -praktiken, die sich im Lauf der letzten fünfzig Jahre der Ausbreitung des Kapitalismus und der von ihm hervorgebrachten wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Beziehungen widersetzt haben. Theorien und Praktiken, die in der Überzeugung geschaffen wurden, dass eine postkapitalistische Zukunft, eine alternative Zukunft möglich und gerechter ist, weil sie sich auf die Befriedigung der wahren Bedürfnisse der Völker ausrichtet und freier ist, weil sie sich auf die Umsetzung der Bedingungen für eine tatsächliche Ausübung der Freiheit konzentriert. Diese alternative Gesellschaft wurde allgemein Sozialismus genannt. Ich behaupte, dass Kuba für diese Linke, deren Theorie und Praxis sich in den letzten fünfzig Jahren sehr weiterentwickelt haben, heute ein «schwieriges Problem» ist. Für die Linke, die den Sozialismus oder den Postkapitalismus von ihrem Horizont verbannt hat, ist Kuba nicht mal mehr ein Problem, sondern ein hoffnungsloser Fall. Auf diese andere Linke werde ich hier nicht eingehen.

Unter «schwierigem Problem» verstehe ich das, was sich als Alternative zu zwei extremen, in Frage gestellten Positionen

aufzut: In diesem konkreten Fall, Kuba. Die beiden von der Idee des «schwierigen Problems» verworfenen Positionen heißen: Kuba ist eine Lösung ohne Probleme; Kuba ist ein Problem ohne Lösung. Kuba zu einem «schwierigen Problem» zu erklären heißt, drei Ideen zu akzeptieren: 1) unter den derzeitigen internen Bedingungen ist Kuba für die Linke keine gangbare Lösung mehr; 2) die Probleme, mit denen Kuba zu kämpfen hat, sind zwar nicht unüberwindbar, aber schwierig zu lösen; 3) wenn diese Probleme im Sinne einer sozialistischen Betrachtungsweise gelöst würden, kann Kuba wieder zur treibenden Kraft der Erneuerung der Linken werden. Das wäre dann ein anderes Kuba, das einen anderen als den im 20. Jahrhundert gescheiterten Sozialismus hervorbringen und auf diese Weise zur dringenden Erneuerung der Linken beitragen würde. Ohne das würde die Linke nie ins 21. Jahrhundert eintreten.

DER WIDERSTAND UND DIE ALTERNATIVE

Nachdem diese Dinge klargestellt sind, kann das «schwierige Problem» wie folgt formuliert werden: Alle modernen revolutionären Prozesse sind Brüche, die sich auf zwei Säulen stützen: Widerstand und Alternative. Das Gleichgewicht zwischen diesen beiden ist für die Abschaffung des Alten bis zu dem Punkt, wo dies notwendig ist, und für das Aufblühen des Neuen bis zu dem Punkt, wo dies möglich ist, von entscheidender Bedeutung. Wegen der feindlichen äußeren Bedingungen, unter denen sich der revolutionäre kubanische Prozess entwickelt hat – das illegale Embargo der Vereinigten Staaten, die erzwungene sowjetische Lösung in den siebziger Jahren und die vom Ende der UdSSR in den neunziger Jahren bedingte drastische Anpassung – konnte dieses Gleichgewicht nicht erreicht werden. Am Ende hat der Widerstand die Überhand über die Alternative gewonnen. Und dies auf eine Weise, in der sich die Alternative nicht in der ihr eigenen Logik (Bestätigung des Neuen) ausdrücken konnte, und sich dagegen der Logik des Widerstands (Negierung des Alten) unterwerfen musste.

Daraus hat sich dann ergeben, dass die Alternative immer Geiseln einer ihr fremden Norm geblieben ist. Das heißt, dass sie nie zu einer wahrhaft neuen, konsolidierten Lösung geworden ist, die eine neue Hegemonie geschaffen hätte, und demzufolge in der Lage gewesen wäre, eine endogene Entwicklung nach einer internen Erneuerungslogik (neue Alternativen innerhalb der Alternative) zu vollziehen. Dementsprechend waren die Brüche mit den aufeinander folgenden Vergangenheiten der Revolution immer weniger endogen als der Bruch mit der vorrevolutionären Vergangenheit. Der endogene Charakter dieses letzten Bruchs hat dann das Fehlen endogener Brüche mit jüngeren Vergangenheiten auch noch dann gerechtfertigt, als sie bekanntermaßen problematisch waren.

Aufgrund dieses relativen Ungleichgewichts zwischen Widerstand und Alternative stand die Alternative immer kurz vor der Stagnation und ihre Stagnation ist stets von der andauernden und edlen Vitalität des Widerstands bemäntelt worden. Diese Vorherrschaft des Widerstands hat dazu geführt, dass ihm eine «übertriebene Diagnostizität» zugerechnet worden ist: Man konnte auf die Notwendigkeit des Widerstands verweisen, um die Unmöglichkeit der Alternative zu diagnostizieren. Auch wenn es ein Irrtum ist, war dieses Argument in der Tat stets glaubwürdig.

DAS REVOLUTIONÄRE CHARISMA UND DAS REFORMISTISCHE SYSTEM

Der zweite Vektor des «schwierigen Problems» bezieht sich auf die spezifisch kubanische Art, in der sich das Spannungsverhältnis zwischen Revolution und Reform entwickelt hat. In jedem revolutionären Prozess zielt die erste Tat der Revolutionäre nach geglückter Revolution darauf ab, weitere Revolutionen zu verhindern. Damit beginnt der Reformismus innerhalb der Revolution. Hier liegt das große heimliche Einverständnis – so unsichtbar wie entscheidend – zwischen Revolution und Reformismus. Bestenfalls kann diese gegenseitige Ergänzung mithilfe einer stets scheinbareren als tatsächlichen Dualität zwischen dem Charisma des Führers, der die Revolution lebendig hält, und dem revolutionären politischen System erzielt werden, das die Reproduktion des Reformismus sicherstellt. Der charismatische Führer betrachtet das System als eine Einschränkung, die seinen revolutionären Antrieb hemmt und übt Druck aus, um das zu verändern; das System betrachtet den Führer dagegen als Keim des Chaos, der alle bürokratischen Wahrheiten zum Provisorium macht. Diese kreative Dualität war einige Jahre lang eines der besonderen Merkmale der kubanischen Revolution.

Mit der Zeit tendiert diese wirkungsvolle Ergänzung jedoch dazu, in eine gegenseitige Blockierung auszuarten. Für den charismatischen Führer wird das System, das anfangs eine äußere Beschränkung war, im Laufe der Zeit zu seiner zweiten Natur. Damit wird es schwierig, zwischen den vom System geschaffenen Beschränkungen und den Beschränkungen des Führers selbst zu unterscheiden. Das System derweil, wissend, dass der Erfolg des Reformismus am Ende das Charisma des Führers unterhöhlen wird, beschränkt sich selbst, um das zu verhindern. Die Ergänzung wird damit zu einem Spiel reziproker Selbstbeschränkungen. Das Risiko liegt dann darin, dass es nicht zu einer komplementären Entwicklung, sondern zu parallelen Stagnationen kommt.

Die Beziehung zwischen Charisma und System ist also manchmal und besonders in Übergangszeiten sehr empfindlich.¹ Das Charisma als solches lässt keine Übergänge zu. Kein charismatischer Führer hat einen charismatischen Nachfolger. Der Übergang kann nur dann stattfinden, wenn das System das Charisma ersetzt. Damit das aber geschehen kann, muss das System reformistisch genug sein, um mit Quellen des Chaos umzugehen, die ganz anderen Ursprungs sind als die, die der Führer hervorbringt. Die Lage wird zum Dilemma, wenn die Kraft des Führers das reformistische Potenzial des Systems objektiv blockiert hat.

Dieser Vektor des «schwierigen Problems» kann wie folgt zusammengefasst werden: Die sozialistische Zukunft Kubas hängt von der reformistischen Kraft des revolutionären Systems ab; dennoch ist sie für ein System, das seine Kraft stets vom charismatischen Führer abhängig gemacht hat, eine Unbekannte. Dieser Vektor der Schwierigkeit des Problems

¹ Aurelio Alonso unterscheidet zwischen zwei derzeit laufenden Übergangsprozessen: Der eine bezieht sich auf die Richtung der Dynamik, die die Veränderungen im Rahmen eines «wahrhaft bedeutenden Übergangs, der vor fast einem halben Jahrhundert begonnen hat» genommen haben, der andere auf die Bedeutung der Subjektivität: Die Frage, wie stark Fidel in der Vorstellungswelt der Kubaner, die ihn als Generation überleben, erhalten bleiben wird. («Continuidad y transición: Cuba en el 2007», *Le Monde Diplomatique*, kolumbianische Ausgabe, Bogota April 2007).

wird in der von Fidel am 17. November 2005 in der Universität von Havanna gehaltenen Rede erklärt.²

Die beiden Seiten des «schwierigen Problems» – mangelndes Gleichgewicht zwischen Widerstand und Alternative und zwischen Charisma und System – sind eng miteinander verbunden. Die Prävalenz des Widerstands über der Alternative war zugleich Produkt und Hersteller der Prävalenz des Charismas über das System.

WAS KANN MAN TUN?

Die obige Diskussion zeigt, dass Kuba ein «schwieriges Problem» für die Linke ist, die sich, ohne auf das Ziel des Postkapitalismus oder Sozialismus zu verzichten, in den letzten fünfzig Jahren stark weiterentwickelt hat. Aus den Hauptlinien dieser Entwicklung kann das kubanische Volk Vorschläge für die Lösung dieses Problems, so schwierig es auch sein mag, ableiten. Das heißt also, dass sich die kubanische Revolution, die vor allem in ihren ersten zehn Jahren so viel zur Erneuerung der Linken beigetragen hat, jetzt auch die seitdem stattgefundenene Erneuerung der Linken zu Nutzen machen kann. Indem sie das tut, übernimmt sie dialektisch gesehen wieder eine aktive Rolle bei der Erneuerung der Linken. Das «schwierige Problem» zu lösen heißt also, dass die nächste dialektische Bewegung mit Erfolg konkretisiert werden muss: die Erneuerung Kubas durch die Erneuerung der Linken; die Erneuerung der Linken durch die Erneuerung Kubas.

DIE WICHTIGSTEN SCHRITTE DER ERNEUERUNG DER SOZIALISTISCHEN LINKEN IN DEN LETZTEN FÜNFZIG JAHREN

Kluft zwischen Theorie und Praxis

Die Kluft zwischen linker Theorie und linker Praxis hat sich in den letzten fünfzig Jahren mit ganz spezifischen Konsequenzen für den Marxismus vergrößert. Während sich die kritische linke Theorie vor allem ab Mitte des 19. Jahrhunderts in fünf Ländern des Nordens (in Deutschland, England, Italien, Frankreich und in den Vereinigten Staaten) entwickelt hat, und dabei hauptsächlich die Realitäten der entwickelten kapitalistischen Länder berücksichtigt hat, fanden die kreativsten praktischen linken Beispiele im globalen Süden statt und wurden von für die kritische Theorie und sogar für den Marxismus «unsichtbaren» oder halb-sichtbaren sozialen Klassen oder Gruppen wie kolonialisierten Völkern, indigenen Völkern, Bauern, Frauen, der afrostämmigen Bevölkerung usw. durchgeführt.³ So entstand eine Kluft zwischen der Theorie und Praxis, die unsere theoretisch-politische Situation heute beherrscht: eine halbblinde Theorie, die parallel zu einer halb-sichtbaren Praxis verläuft.⁴ Eine halbblinde Theorie kann nicht führen und eine halb-sichtbare Praxis kann sich nicht wertschätzen.

In dem Maße, in dem die Theorie in der Praxis ihre Rolle als Avantgarde verlor – denn vieles, was geschah, bekam sie gar nicht mit –,⁵ gab sie allmählich den Status als Avantgardetheorie auf und erwarb einen in der auf den Norden zentrierten Tradition der Linken völlig unbekanntem und unvorstellbarem Status: den Status einer Nachhuttheorie. So wie ich das sehe, bedeutet eine Nachhuttheorie zweierlei. Einerseits ist es eine Theorie, die nicht von allgemeinen Grundsätzen und Gesetzen abgeleitet ist und in diesem Sinn die Richtung angibt, weil sie angeblich auf der historischen Totalität aufbaut, sondern eine Theorie, die auf einer ständigen, kritischen und

offenen Überprüfung der Praxis des sozialen Wandels basiert. So lässt sich die Nachhuttheorie von fortschreitenden, sich ständig ändernden Praktiken überraschen, die sie dann begleitet und analysiert und dabei versucht, sich durch sie zu bereichern und die Kriterien zu finden, mit denen sie die fortschrittlichsten sozialen Kämpfe vertiefen und ausweiten kann. Andererseits sieht eine Nachhuttheorie in diesen Änderungspraktiken die fortgeschrittensten kollektiven Prozesse und Akteure als die rückständigsten, schüchternsten an, die kurz vor der Aufgabe stehen. Wie der Subcomandante Marcos sagen würde ist es eine Theorie, die die begleitet, die am langsamsten vorankommen. Eine Theorie, die die Fortschrittlichen und die Nachzügler, die von vorn und von hinten, als Teil eines dialektischen Prozesses neuen Typs betrachtet, der nicht von der Idee der Totalität, sondern von der Idee verschiedener totalisierender, stets unvollendeter und ständig konkurrierender Totalisierungsprozesse ausgeht. Wenn wir die Lektion Gramscis zugrunde legen, ist dies der Weg, um eine sozialistische Kontrahegemonie zu schaffen, oder, wie im Fall Kubas, eine sozialistische Hegemonie aufrecht zu erhalten und zu stärken.

Um mich auf ein Beispiel zu beschränken, erwähne ich die großen Unsichtbaren oder Vergessenen der modernen kritischen Theorie, die indigenen Völker Lateinamerikas – die höchstens als Bauern sichtbar sind – aber dennoch zu den wichtigsten Protagonisten der fortschrittlichen Kämpfe der letzten Jahrzehnte auf dem Kontinent gehören. Aus der Sicht der konventionellen Avantgardetheorie scheint diese ganze politische und soziale Erneuerung nur am Rande zu interessieren oder gar irrelevant zu sein. Und daher lernt sie nicht aus den Kämpfen der indigenen Völker, aus ihren Vorstellun-

² Mit Fidels lapidarischen Worten: «Dieses Land kann sich ganz allein selbst zerstören; diese Revolution kann sich zerstören, aber sie können sie heute nicht zerstören; aber wir können es, wir können sie zerstören und es wird unsere Schuld sein.» In einem Kommentar zu Fidels Rede fragt sich Aurelio Alonso: «Warum sollte es verwundern, dass Fidel sich vor allem Sorgen um die Umkehrbarkeit unseres eigenen Prozesses macht?» Und die Antwort, die er gibt, ist glasklar: «Fidel meint, dass die Revolution von außen nicht zerstört werden kann, dass sie sich wohl aber selbst zerstören kann, und betrachtet die Korruption als das Übel, das dies verursachen kann. Ich glaube, dass das zutrifft, dass er damit aber noch nicht alles gesagt hat. Ich frage mich auch, ob der Zusammenbruch des sowjetischen Systems in der Grundessenz von der Korruption bewirkt wurde, auch wenn die Korruption Bestandteil der Deformationen war. Ich glaube, dass der Sozialismus nicht nur von der Korruption, sondern von ihr zusammen mit der Bürokratie und mangelnden Demokratie rückgängig gemacht werden kann. Ich spreche nicht von Systemen, die auf Wahlen, dem Wettstreit mehrerer Parteien, Wahlkampagnen, Rotation auf den Posten der Macht aufbauen. Ich spreche von einer Demokratie, die wir auf Erden nicht haben schaffen können, obwohl wir alle zu glauben wissen, worum es dabei geht.» «Una mirada rápida al debate sobre el futuro de Cuba», *La Jiribilla*, 17. Mai 2006. ³ Die anfängliche theoretische Kreativität der kubanischen Revolution baut wirklich auf dieser Tatsache auf. Die drastischen externen Einschränkungen, mit denen die Revolution leben musste, haben am Ende einen Teil dieser Kreativität konfisziert. Deshalb war Kuba gezwungen, sich einem Marxismuskonzept zu verschreiben, das zwar nicht dem des globalen Nordens entsprach, sich aber zur Realität des sowjetischen Blocks, die der kubanischen Wirklichkeit auch nicht gleich, subsidiär verhielt. In seiner am 3. Mai 2006 im Rahmen des III. Internationalen Kongresses «Das Werk von Karl Marx und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts» gehaltenen Rede sagte Ricardo Alarcón de Quesada: «Die Umwandlung der sowjetischen Politik in eine eigene Politik, die von denen betrieben wurde, die an anderen Orten ihre eigenen antikapitalistischen Kämpfe führten, und die unabdingliche Pflicht, sie gegen ihre alten und mächtigen Feinde zu verteidigen, führten dazu, dass sich ein Großteil der revolutionären Bewegung der Politik und den Interessen der UdSSR unterwarf». *Nature Society and Thought*, Band 19, 2006, S. 20. In diesem Zusammenhang ist besonders erwähnenswert und für die Kubaner ein ständiger Grund des Stolzes, dass Kuba souverän entschied, Angola bei seinem Kampf um die Unabhängigkeit zu unterstützen. Die internationalistische Kraft setzte sich gegen die geostrategischen Interessen der UdSSR durch. ⁴ Beim Marxismus wurde bei der Anpassung der Theorie an nichteuropäische Realitäten, die nicht systematisch von Marx analysiert worden waren, viel Kreativität an den Tag gelegt. In Lateinamerika muss man nur an Mariátegui erinnern. Lange Zeit ließ die politische Orthodoxie es jedoch nicht zu, diese Kreativität in politische Aktionen umzuwandeln, und in der Tat war es so, dass die kreativsten Autoren dafür verfolgt wurden (wie im Fall Mariátegui, der als Populist und Romantiker angeklagt wurde, was in den dreißiger Jahren äußerst gravierend war). Heute ist die Lage ganz anders, wie daran zu erkennen ist, dass Alvaro García Linera, der große Erneuerer des marxistischen Gedankens in Lateinamerika, Vizepräsident Boliviens ist. ⁵ Die Vorherrschaft der Intelligenz und politischen Kühnheit der Avantgarde über die Disziplin kehrte sich also ins Gegenteil: Vorherrschaft der Disziplin über die Intelligenz und die Kühnheit, um auf diese Weise die Neuheit der in der Theorie nicht vorgesehenen sozialen Umwandlungsprozesse zu verbergen oder kontrollieren.

gen über Wirtschaft und Wohlstand (das *suma kawsay* der Quechua bzw. *suma qamaña* der Aymara, das heißt das «Gut leben»), die heute in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien verankert sind, in denen auch vielfache Regierungs- und Demokratieformen – repräsentative, partizipative und komunitäre Demokratie wie im Fall der neuen bolivianischen Verfassung – festgeschrieben wurden. Die Unfähigkeit, von den neuen Akteuren des Wandels zu lernen, führt schließlich dazu, dass die Theorie selbst irrelevant wird.

Das Ende des Avantgardekonzepts

Das Ende der Avantgardetheorie markiert auch das Ende jeglicher auf ihr aufbauender Form von politischer Organisation, und ganz besonders der Avantgardepartei. Die Parteien, die sich nach der Idee der Avantgardetheorie gebildet haben, sind heute weder Avantgarde- noch Nachhutparteien (wie ich sie oben definiert habe). Sie sind in Wirklichkeit bürokratische Parteien, die sich, wenn sie in der Opposition sind, heftig dem Status Quo widersetzen, aber keine Alternative vorzuweisen haben, und sich, wenn sie an der Macht sind, heftig dem Hochkommen von Alternativen widersetzen. Als Ersatz für die Avantgardepartei müsste man eine oder mehrere Nachhutparteien gründen, die den gärenden sozialen Aktivismus begleiten, der entsteht, wenn die Ergebnisse der Volkspartizipation sogar für diejenigen transparent werden, die noch nicht teilnehmen und sich auf diese Weise animiert fühlen, ebenfalls zu partizipieren.

Die neue Bedeutung von Demokratie

Die weitere große Erneuerung der letzten fünfzig Jahre war die Art und Weise, in der sich die Linke und die Volksbewegung die hegemonischen (liberalen, kapitalistischen) Konzepte der Demokratie angeeignet und in kontrahegemonische, partizipative, beratende, kommunitäre, radikale Vorstellungen verwandelt haben. Wir können diese Erneuerung zusammenfassen, indem wir bestätigen, dass sich die Linke endlich dazu entschlossen hat, die Demokratie ernst zu nehmen (was, wie Marx klar sagte, die Bourgeoisie nie getan hat). Die Demokratie ernst nehmen heißt nicht nur sie weit über die Grenzen der liberalen Demokratie hinauszuführen, sondern auch ein Demokratiekonzept neuen Typs zu schaffen: Die Demokratie als gesamter Umwandlungsprozess der ungleichen Machtbeziehungen in Beziehungen geteilter Autorität. Selbst wenn sie nicht auf Betrug, der ausschlaggebende Rolle des Geldes im Wahlkampf oder der Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Kontrolle der Massenmedien beruht, weist die liberale Demokratie eine niedrige Intensität auf, da sie sich darauf beschränkt, eine Insel demokratischer Beziehungen in einem Archipel des Despotismus (wirtschaftlich, sozial, rassenmäßig, sexuell, religiös) zu sein, der das Leben der Bürger und Gemeinschaften tatsächlich kontrolliert. Die Demokratie muss weit über das politische System auch im wirtschaftlichen System, in den Familienbeziehungen, rassischen, sexuellen, regionalen, religiösen und Nachbarschafts- und Gemeinschaftsbeziehungen bestehen. Der Sozialismus ist zweckungebundene Demokratie.

Daraus kann man schlussfolgern, dass die Gleichheit viele Dimensionen hat und nur voll umgesetzt werden kann, wenn auch die Anerkennung der Unterschiede wahrgenommen wird. Das heißt, wenn wir die ungerechten Unterschiede (die soziale Hierarchien schaffen) in gleichwertige Unterschiede

(die die soziale Vielfalt als Weg zur Abschaffung der Hierarchien fördern) verwandeln.

Multiple Machtverhältnisse

In den kapitalistischen Gesellschaften gibt es zahlreiche ungleiche Machtverhältnisse (Unterdrückung, Beherrschung, Ausbeutung, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Xenophobie, Machismus). Demokratisieren heißt, ungleiche Machtbeziehungen in Beziehungen geteilter Autorität zu verwandeln. Da die ungleichen Machtbeziehungen immer im Netzwerk funktionieren, sind nur selten ein einzelner Bürger, eine einzelne Klasse oder Gruppe allein ihr Opfer. Dementsprechend muss der Kampf gegen sie auch in Netzwerken stattfinden, d.h. mit Hilfe breiter Bündnisse, in denen kein privilegiertes, homogenes, a priori als soziale Klasse definiertes historisches Subjekt identifiziert werden kann. Der politische und organisatorische Pluralismus wird so zu einem Imperativ im Rahmen der demokratisch vom souveränen Volk sanktionierten, verfassungskonformen Grenzen. In der kubanischen Gesellschaft sind die ungleichen Machtbeziehungen anders als in den kapitalistischen Gesellschaften, aber es gibt sie, wenn auch weniger stark, und sie sind ebenfalls vielfältig und operieren in Netzwerken. Der Kampf gegen sie am Rande der notwendigen Anpassungen, müsste ebenfalls vom sozialen, politischen und organisatorischen Pluralismus geführt werden.

Differenziertes Staats- und Gesellschaftskonzept

Die neuen Konzepte der Demokratie und sozialen, kulturellen und politischen Vielfalt als Pfeiler des Aufbaus eines gangbaren und selbsttragenden Sozialismus erfordern ein radikales Neudenken in Bezug auf die monolithische Zentralität des Staats, wie auch die scheinbar homogene Zivilgesellschaft.⁶

MÖGLICHE AUSGANGSPUNKTE FÜR EINE DISKUSSION MIT DEM ALLEINIGEN ZIEL, ZU EINER FUNKTIONIERENDEN SOZIALISTISCHEN ZUKUNFT IN KUBA BEIZUTRAGEN

1. Kuba ist weltweit vielleicht das einzige Land, in dem die externen Bedingungen kein Alibi für die mangelnde Kompetenz oder die Korruption der Führer sind. Sie sind eine grausame und entscheidende Tatsache. Das bedeutet nicht, dass es keinen Spielraum zum Manövrieren gäbe, einen Spielraum, der angesichts der Krise des Neoliberalismus und der kurzfristig zu erwartenden geostrategischen Veränderungen sogar noch wachsen kann. Ein solches Kapital darf man nicht dadurch verschleudern, dass man es ablehnt, Alternativen zu prüfen, selbst wenn diese Ablehnung in Form übertriebener Beschwerden gegen den Widerstand daherkommt. Von jetzt an kann man nicht das Risiko eingehen und zulassen, dass der Widerstand die Alternative beherrscht. Wenn das geschähe, würde der Widerstand am Ende aufgebraucht sein.

2. Die kubanische Regierung hat die Spannung zwischen ideologischer Legitimierung und materiellen Lebensbedingungen bis an die äußerste Grenze getrieben. Von nun an müssen die Änderungen, die zählen, die sein, die die materiellen Lebensbedingungen der ganz großen Mehrheit der Bevölkerung verbessern. Davon ausgehend kann die Rati-

⁶ Für eine intelligente Analyse der Zivilgesellschaft in Kuba siehe «Sociedad Civil en Cuba: ¿un problema de geometría? Interview mit dem kubanischen Soziologen Aurelio Alonso», in der Zeitschrift *Enfoques*, Nr. 23, Dezember 2008, Havanna.

fizierungsdemokratie, wenn sie sich hält, das Ideologische nur noch dann ratifizieren, wenn es einen materiellen Sinn hat. Andernfalls würde die Ratifizierung, an Stelle der Zustimmung, am Ende Resignation bedeuten.

3. Die langfristige Zeitlichkeit des zivilisatorischen Wandels wäre für eine gewisse Zeit der unmittelbaren Zeitlichkeit der dringenden Lösungen unterworfen.

4. Eine kapitalistische Gesellschaft ist nicht kapitalistisch, weil alle wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen kapitalistisch sind, sondern weil diese das Funktionieren aller anderen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen in der Gesellschaft bestimmen. Umgekehrt ist es so, dass eine sozialistische Gesellschaft nicht sozialistisch ist, weil alle wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen sozialistisch sind, sondern weil diese das Funktionieren aller anderen in dieser Gesellschaft bestehenden Beziehungen bestimmen. Derzeit gibt es in Kuba eine ganz spezielle Situation: Einerseits, einen formal gesehen monolithischen Sozialismus, der das Erscheinen nicht-kapitalistischer Beziehungen neuen Typs nicht nährt, und die kapitalistischen Beziehungen, mit denen er wohl oder übel, Korruption eingeschlossen (wie Fidel beizeiten vermeldet hat), zusammenleben muss, auch nicht kreativ beeinflussen kann. Andererseits eine Form von Kapitalismus, die, wild und im Untergrund, oder halbwegs im Untergrund angesiedelt und sehr schwer zu kontrollieren ist. In dieser Situation besteht keine Motivation, andere wirtschaftliche und soziale Beziehungen wie zum Beispiel genossenschaftliche oder kommunitäre, die große Hoffnungsträger wären, zu entwickeln. Diesbezüglich wäre es für das kubanische Volk sehr nützlich, die in der venezolanischen Verfassung verankerten und in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens verabschiedeten Wirtschaftssysteme und auch die entsprechenden Erfahrungen mit dem Wandel genauestens zu untersuchen und evaluieren. Und zwar nicht, um Lösungen zu kopieren, sondern um die Wege schätzen zu lernen, die die Kreativität der lateinamerikanischen Linken in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Die Bedeutung dieses Lernens zeigt sich auch in der Anerkennung vergangener Fehler wie Fidel das klar und deutlich in seiner schon erwähnten Rede in der Universität Havanna getan hat: «Eine Schlussfolgerung, zu der ich nach vielen Jahren gelangt bin: Von den vielen Fehlern, die wir alle gemacht haben, war der bedeutendste der, dass wir glaubten, dass jemand etwas vom Sozialismus verstand oder jemand wusste, wie man den Sozialismus aufbaut».

5. Aus der Sicht des Bürgers kann der Unterschied zwischen einem ineffektiven Sozialismus und einem ungerechten Kapitalismus kleiner sein als gedacht. Eine auf Dominanz basierende Beziehung (die auf ungleich verteilter politischer Macht aufbaut) kann sich im Alltag der Menschen merkwürdigerweise so ähnlich auswirken, wie eine auf Ausbeutung basierende Beziehung (die auf der Abschöpfung des Mehrwerts basiert).

RIESIGES UND MITREISSENDES SOZIALES UND POLITISCHES EXPERIMENTIERFELD, VON DEM AUS KUBA WIEDER ZUR ERNEUERUNG DER WELTLINKEN BEITRAGEN KANN

Demokratisierung der Demokratie

Ich habe gegen die liberalen Theoretiker argumentiert, die behaupten, dass die Demokratie die Bedingung für alles andere ist, und gesagt, dass es Bedingungen gibt, die erfüllt sein müssen, damit die Demokratie wahrlich angewandt werden

kann. Ich wage zu sagen, dass Kuba die Ausnahme von meiner Regel sein kann: Ich glaube, dass in Kuba die radikale, kontrahegemonische, nicht liberale Demokratie die Bedingung für alles andere ist. Warum ist das so? Die Krise der liberalen Demokratie ist heute eindeutiger als je. Es ist immer offensichtlicher, dass die liberale Demokratie nicht die Bedingungen für ihr Überleben angesichts der vielfachen «Sozialfaschismen» sicherstellt, wie ich die Umwandlung extremer wirtschaftlicher Ungleichheiten in politische Ungleichheiten nenne, die nicht direkt vom politischen System des kapitalistischen Staats hervorgerufen werden, aber in heimlicher Übereinstimmung mit ihm entstehen. Wenn zum Beispiel das Wasser privatisiert wird, erlangt der neue Eigentümer ein Vetorecht über das Leben der Menschen (wenn sie die Rechnung nicht zahlen, bekommen sie kein Wasser). Das ist sehr viel mehr als eine Wirtschafts- oder Marktmacht. Obwohl diese Krise offensichtlich ist, schafft sie es bisher kaum, Raum für das Entstehen neuer politischer und demokratischer Konzepte zu öffnen. Diese Schwierigkeit beruht auf zwei Gründen. Einerseits der Vorherrschaft der kapitalistischen Beziehungen, deren Reproduktion heute die Koexistenz zwischen der Demokratie schwacher Intensität und den Sozialfaschismen erfordert. Andererseits die Hegemonie der liberalen Demokratie in der sozialen Vorstellungswelt, häufig über angebliche Traditionen oder historische Erinnerungen, die die liberale Demokratie legitimieren. In Kuba gibt es keine dieser beiden Schwierigkeiten. Weder dominieren die kapitalistischen Beziehungen, noch gibt es eine minimal glaubwürdige liberale Tradition. Insofern besteht also die Möglichkeit, die radikale Demokratie als Ausgangspunkt zu nehmen, ohne all das mitzuschleppen, was in der dominierenden Erfahrung mit der Demokratie der letzten fünfzig Jahre schon überwunden wurde.

Von der Avantgarde zur Nachhut

Damit es dazu kommen kann, und das Demokratische nicht nur auf der Liste der Erfolge und als Rhetorik verharrt, sondern zum System werden kann, wäre es wichtig, die Avantgardepartei in Nachhutpartei umzuwandeln. Eine Partei, die nicht so sehr die Führung übernimmt, sondern eher die Dinge erleichtert; eine Partei, die die Diskussion starker Fragen fördert, damit die Bürger und Gemeinschaften im praktischen sozialen Alltag eher in der Lage sind, zwischen starken Antworten und schwachen Antworten zu unterscheiden. Eine Partei, die ohne weiteres die Existenz anderer Formen von Interessensorganisationen akzeptiert und mit ihnen hegemonische Beziehungen aber kein Kontrollverhältnis eingehen möchte. Diese Veränderung ist komplexer als alle anderen und kann nur im Umfeld der folgenden Experimentiertätigkeit durchgeführt werden.

Verändernder Konstitutionalismus

Übergänge, bei denen es wichtige Änderungen in den Machtverhältnissen gibt, geschehen im Allgemeinen über verfassungsgebende Prozesse. In den letzten zwanzig Jahren haben mehrere Länder in Afrika und Lateinamerika verfassungsgebende Prozesse durchgemacht. Diese jüngste Geschichte zeigt uns, dass man zwischen zwei Arten von Konstitutionalismus unterscheiden muss: dem modernen Konstitutionalismus im eigentlichen Sinn und dem verändernden Konstitutionalismus. Der moderne Konstitutionalismus, der bis vor kurzem auf keinerlei Opposition gestoßen war, war ein

von oben, von den politischen Eliten mit dem Ziel konstruierter Konstitutionalismus, institutionell monolithische Staaten und angeblich homogene Zivilgesellschaften zu schaffen. Das bedeutete dann immer, dass sich eine Klasse, eine Kultur, eine Rasse, eine Ethnie, eine Region zu Lasten anderer durchsetzte. Im Gegensatz dazu geht der verändernde Konstitutionalismus von der Initiative der unteren Schichten aus und ist wie eine Form von Klassenkampf, wie ein Kampf der Ausgeschlossenen und ihrer Verbündeten, mit dem Ziel geführt, neue Kriterien für den sozialen Einschluss zu schaffen, die die klassen-, rassenbedingte, ethnische, kulturelle etc. Unterdrückung beenden soll.

Eine derartige soziale und politische Demokratisierung geht mit der Neuerfindung oder Neugründung des Staates einher. Diese Neuerfindung oder Neugründung muss zwangsläufig experimentell sein, und dieses Merkmal wird bei der eigenen Verfassung angewandt. Mit anderen Worten sollte, sofern möglich, die neue verändernde Verfassung eine begrenzte Gültigkeitsdauer haben, zum Beispiel fünf Jahre, nach deren Ablauf der verfassunggebende Prozess erneut eröffnet würde, um Fehler zu korrigieren und Gelerntes einzuführen. Die Begrenzung der Gültigkeit der neuen Verfassung hat den politischen Vorteil – in Übergangszeiten von großem Wert –, keine endgültigen Gewinner und Verlierer hervorzubringen. In Kuba sind die Bedingungen für die Erneuerung von Verfassungsexperimenten derzeit ideal.

Experimenteller Zustand

Auf unterschiedlichen Wegen zeigen sowohl die endgültige Krise, in der sich der Neoliberalismus befindet, als auch die jüngsten Erfahrungen der fortschrittlichsten Staaten Lateinamerikas, dass wir uns auf dem Weg zu einer neuen Zentralität des Staats befinden, einer Zentralität, die sowohl im Hinblick auf die soziale Vielfalt (Anerkennung der Interkulturalität, der Pluriethnizität und sogar der Plurinationalität wie im Fall Ecuadors und Boliviens), als auch die wirtschaftliche (Anerkennung verschiedener Eigentumsformen, der staatlichen, kommunitären bzw. gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen und individuellen) und politische Vielfalt (Anerkennung verschiedener Demokratiearten, repräsentative bzw. liberale, partizipative, auf Volksumfragen gestützte, kommunitäre Demokratie) offener ist. Der Übergang vollzieht sich von einer auf sozialer Homogenität aufbauenden Zentralität zu einer auf sozialer Heterogenität basierenden Zentralität. Einer Zentralität, die durch den Grundsatz der Vielschichtigkeit reguliert wird. Die neue Zentralität operiert auf unterschiedliche Weise in Gebieten, auf denen die Wirksamkeit der Lösungen schon bewiesen ist (in Kuba, zum Beispiel, Bildung und Gesundheit, trotz der sinkenden Qualität und Gleichwertigkeit, als Ergebnis des Abbruchs der Verbindungen nach dem Zusammenbruch der neunziger Jahre); auf Gebieten wo, im Gegenteil, die Unwirksamkeit bewiesen ist (in Kuba, zum Beispiel, Zunahme der Ungleichheit oder auch die Landwirtschaft), sowie auf neuen Gebieten, die in Übergangsprozessen am zahlreichsten sind (in Kuba, zum Beispiel, Abbau der politischen Institutionalität und Wiederaufbau der sozialistischen Hegemonie auf der Grundlage einer hoch intensiven Demokratie, die gleichzeitig den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten und die Ausweitung der sozialen, kulturellen und politischen Vielfalt fördert). Für die beiden letztgenannten Gebiete (Gebiete, die bewiesenermaßen nicht funktionieren, und neue

Gebiete) gibt es keine unfehlbaren Rezepte oder endgültigen Lösungen. Auf diesen Gebieten empfiehlt das Prinzip der komplexen Zentralität, den Grundsatz des demokratisch kontrollierten Experiments anzuwenden. Das Experimentierprinzip sollte auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnt werden; demzufolge wird der Staat auch zu einem experimentellen Staat. In einer Phase großer Veränderungen bei der Funktion des Staates und den sozialen Regulierungen ist es unvermeidlich, dass die institutionelle Materialität des Staates, starr wie sie ist, starken Vibrationen ausgesetzt ist, die den Boden für ungewöhnliche Auswirkungen bereiten. Man muss außerdem berücksichtigen, dass diese institutionelle Materialität Teil eines nationalen staatlichen Zeit-Raumkomplexes ist, der mit den Querverwirkungen lokaler und globaler Zeit-Raum-Phänomene zu kämpfen hat.

Da Übergangsphasen davon geprägt sind, dass in ihnen Lösungen des alten Paradigmas neben Lösungen des neuen Paradigmas bestehen, und die einen wie die anderen sich gleichermaßen widersprechen, meine ich, dass man aus dem Experimentieren ein institutionelles Schaffungsprinzip machen sollte, wenn sich die in der Vergangenheit übernommenen Lösungen als unwirksam erwiesen haben. Da es in einer solchen Phase unvorsichtig wäre, sich für nicht mehr rückgängig zu machende institutionelle Lösungen zu entscheiden, muss sich der Staat in ein institutionelles Experimentierfeld verwandeln, in dem unterschiedliche institutionelle Lösungen eine Zeit lang als Pilotversuche nebeneinander bestehen und miteinander konkurrieren können, wobei Bürgerkollektive sie ständig überwachen sollten, um anschließend eine vergleichende Leistungsbewertung vornehmen zu können. Das Angebot öffentlicher Güter, vor allem auf sozialem Gebiet⁷, kann eine Zeitlang auf unterschiedliche Weise funktionieren und die Entscheidung für die eine oder andere Lösung – falls angebracht – sollte erst erfolgen, nachdem die Alternativen in Bezug auf ihre Wirksamkeit und demokratische Qualität für die Bürger ausgewertet worden sind.

Ich bin der Meinung, dass diese neue Form eines möglichen demokratischen Übergangstaats auf drei Grundsätzen politischen Experimentierens aufbauen sollte. Erstens erfordert das soziale, wirtschaftliche und politische Experimentieren verschiedene, sich ergänzende Formen von Demokratie (repräsentative, partizipative, kommunitäre usw.). Keine davon kann allein sicherstellen, dass die neue Institutionalität wirksam evaluiert wird. Es handelt sich um einen schwer einzuhaltenden Grundsatz, vor allem weil mehrere praktische Demokratieformen komplementär nebeneinander bestehen, und weil er neu und experimentell ist. In diesem Zusammenhang sollte man an Hegels Aussage denken: «Wer Angst vor dem Irrtum hat, hat Angst vor der Wahrheit».

Der zweite Grundsatz besagt, dass der Staat nur wirklich experimentell ist, wenn die einzelnen institutionellen Lösungen sich unter denselben Bedingungen mit der ihnen eigenen Logik entwickeln können. Mit anderen Worten ist der experimentelle Staat demokratisch, wenn er den verschiedenen Konzepten demokratischer Institutionalität dieselben Chancen einräumt. Nur so kann demokratisch gegen den

⁷ Zum Beispiel staatlicher öffentlicher Transport neben Transport, der von Genossenschaften oder kleinen Unternehmern angeboten wird; landwirtschaftliche Produktion in staatlichen Unternehmen, neben genossenschaftlichen, kommunitären Betrieben oder kleinkapitalistischen Unternehmen.

Dogmatismus einer Lösung gekämpft werden, die sich als einzig wirksame und demokratische darstellt. Dieses institutionelle Experimentieren, das innerhalb der demokratischen Umgebung abläuft, kann nicht umhin, beim staatlichen Vorgehen eine gewisse Instabilität und mangelnde Kohärenz hervorzurufen. Die sich daraus eventuell ergebende staatliche Fragmentierung kann dann verdeckt zu neuen Ausschlüssen führen.

Unter derartigen Umständen muss der Staat nicht nur die Chancengleichheit für die einzelnen Projekte demokratischer Institutionen garantieren, sondern ebenfalls – und das wäre der dritte Grundsatz des politischen Experimentierens – Mindestnormen für den Einschluss sicherstellen, um aktive Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, die für die Überwachung, Begleitung und Evaluierung der alternativen Projekte nötig ist. Im Rahmen der neuen komplexen Zentralität kombiniert der Staat die direkte Regulierung der sozialen Prozesse mit der Metaregulierung, oder anders ausgedrückt, die Regulierung nicht-staatlicher Regulierungsformen der sozialen Regulierung, die in ihrer Autonomie respektiert werden müssen, solange sie selbst die in der Verfassung verankerten Grundsätze von Einschluss und Partizipation respektieren.

Eine andere Produktion ist möglich

Dies ist eines der wichtigsten Gebiete des sozialen Experimentierens, und Kuba kann hier bei der Suche nach alternativen Lösungen zu den kapitalistischen Entwicklungsmodellen oder sozialistischen Entwicklungsmodellen des 20. Jahrhunderts die strategische Führung übernehmen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts muss besonders dringend über wirtschaftliche und soziale Alternativen nachgedacht und für sie gekämpft werden. Dafür gibt es zwei Gründe, die miteinander zusammenhängen. Erstens leben wir in einer Zeit, in der die Vorstellung, dass es zum Kapitalismus keine Alternativen gibt, den höchsten Akzeptationsgrad seit Beginn des Weltkapitalismus erreicht hat. Zweitens hat sich die Systemalternative zum Kapitalismus, vertreten durch die zentralistischen sozialistischen Wirtschaftssysteme, als nicht funktionsfähig erwiesen. Der politische Autoritarismus und die mangelnde wirtschaftliche Gangbarkeit der zentralistischen Systeme wurden bei deren Zusammenbruch Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre dramatisch sichtbar.

Paradoxerweise hat der Kapitalismus in den letzten dreißig Jahren wie nie zuvor seine selbstzerstörerische Ausrichtung

gezeigt. Vom absurden Wachstum der Konzentration des Reichtums und dem sozialen Ausschluss zur Umweltkrise, von der Finanzkrise zur Energiekrise, vom ewigen Krieg um die Zugangskontrolle zu den natürlichen Ressourcen zur Nahrungsmittelkrise. Andererseits hat der Zusammenbruch der Staatssozialismussysteme Raum für das Entstehen verschiedener volksbasierter Wirtschaftsformen geschaffen. Von der solidarischen Wirtschaft zu den Volksgenossenschaften, von den wieder gewonnenen Unternehmen zu den Neuansiedlungen nach der Agrarreform, vom Fair Trade zu den Formen regionaler Integration nach dem Grundsatz der Reziprozität und Solidarität (wie das Bündnis der Völker Amerikas AL-BA). Die volksbasierten Wirtschaftsorganisationen sind breit gefächert. Einige bedeuten den radikalen (allerdings lokalen) Bruch mit dem Kapitalismus, andere haben Formen der Koexistenz entwickelt. Die allgemeine Anfälligkeit all dieser Alternativen liegt in der Tatsache, dass sie sich in kapitalistischen Gesellschaften vollziehen, in denen die kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse die allgemeine Logik der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bestimmen. Aus diesem Grund bleibt am Ende das emanzipatorische und sozialistische Potenzial der volksbasierten Wirtschaftsorganisationen blockiert. Kuba ist im Hinblick auf Wirtschaftsexperimente insofern privilegiert, als es anhand nicht kapitalistischer Grundsätze, Logik und Ziele die Spielregeln definieren kann, mit denen die kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen funktionieren sollen.

Um das ganze fortschrittliche Transformationspotenzial des jetzigen Augenblicks umsetzen zu können, braucht Kuba die Solidarität aller Männer und Frauen, aller linker Organisationen und Bewegungen (in dem Sinn, wie sie in diesem Text definiert werden) der Welt und ganz besonders Lateinamerikas. Dies ist der Zeitpunkt, zu dem die linke Welt Kuba all das zurückgeben muss, was sie Kuba dafür schuldet, heute das zu sein, was sie ist.

Boaventura de Sousa Santos ist Professor für Soziologie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität Coimbra (Portugal).

Aus dem Portugiesischen ins Spanische von Rodolfo Alpízar.
Aus dem Spanischen ins Deutsche von Birte Pedersen.

Abonnieren Sie unseren **E-Mail-Newsletter** mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder senden Sie eine E-Mail an **gabbert@rosalux.de** mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2010

01/2010

MIRIAM LANG: Präsident will doch Öl im Regenwald fördern Ecuador: Indigene und Gewerkschaften planen Widerstandsaktionen

02/2010

TORGE LÖDING: Costa Rica: Duell der Rechten oder linke Überraschung?

03/2010

GREGORY WILPERT: Venezuela steht im Wahljahr 2010 vor großen Herausforderungen

04/2010

RAUL ZELIK: Kolumbien: Rechte sitzen im Wahljahr fest im Sattel

05/2010

TADZIO MÜLLER: Der Klimagipfel in Bolivien: Auftrieb für die globale Klimabewegung

06/2010

FIROZE MANJI: Independence, nation-state and development: nature and consequences of colonisation and decolonisation

07/2010

ALEXANDER LEWTSCHENKO: Die ukrainische Linke und die ukrainisch-russischen Beziehungen

09/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG: Auf stürmischer See mit dem Hut unterwegs: Goodluck Jonathan übernimmt das Ruder in Nigeria

10/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»

11/2010

FIROZE MANJI: Independence, nation-state and development: nature and consequences of colonisation and decolonisation

12/2010

KATHRIN BUHL: Ausnahmezustand in Paraguay

13/2010

ELISABETH GAUTHIER: Das politische Spektrum zwischen Dekomposition und Rekomposition

14/2010

BORIS KANZLEITER: Kosovo: Optionen und Gefahren

15/2010

WERNER RUF: Von der Nakba nach Gaza

16/2010

MARCUS HAWEL: Hegemonialismus

17/2010

KURT PÄTZOLD: «Wenn drunten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen ...»

18/2010

PETER ULLRICH: Antisemitismus, Shoah und «deutsche Verantwortung»

19/2010

ANGELIKA TIMM: Israel – Demokratie im Fadenkreuz

20/2010

KATHRIN BUHL: Gute Aussichten für Regierungskandidatin

21/2010

HENNING SÜSSNER: Schweden: Der Weg in die europäische Normalität eine kalte Dusche für Rotgrün

22/2010

GREGORY WILPERT: Comeback der Opposition

23/2010

MIRIAM LANG: Ecuador nach dem Putschversuch

24/2010

PETER SCHÄFER: Zwei ... Eins ... Null – Staatenlösung

25/2010

KATHRIN BUHL: Chile: Die Rettungsaktion der «33 Helden»

26/2010

ANGELA ISPHORDING: Migration, Entwicklung und Menschenrechte

27/2010

ALEXANDRE FROIDEVAUX: Von rigider Sparpolitik und anderen Krisen

28/2010

ODUOR ONG'WEN: East African Common Market: Promise and pitfalls ahead

29/2010

DIETER BORIS: Argentinien: Ende der Ära Kirchner?